

Die Vertreter der Stadtratsfraktionen nehmen zur Haushaltssatzung Stellung.

Für die CDU-Fraktion spricht Ratsherr Wilcke seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 19.03.2018 stellt Ratsherr Danz für die SPD-Fraktion die Anträge:

1. Zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sollen unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle 50.000 € im Haushalt eingestellt werden, mit einem Sperrvermerk für den Haupt- und Finanzausschuss.
2. Unterabschnitt Betriebshof soll der Ansatz um 100.000 € gekürzt und mit Sperrvermerk für den Haupt- und Finanzausschuss versehen werden, mit der Aufforderung, entsprechende Gespräche über Kooperationen – auch mit den Nachbarkommunen - zu führen.
3. Vom Haushaltstitel 120.102 - Bauliche Unterhaltungen für Straßenbaumaßnahmen –sollen künftig
- 100.000 € für Radfahrer und 50.000 € für Fußgänger eingesetzt werden.
- Von dieser Haushaltsstelle sollen darüber hinaus 50.000 € in die Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft einfließen.
- Die Haushaltsstelle soll künftig mit 2,45 Mio € angesetzt werden.

Sollte der Rat den Anträgen zustimmen, werde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Ratsherr Huth erklärt für die UWG-Fraktion, dass diese dem Haushalt nicht zustimmen werde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, so Ratsherr Schiebener werde ebenfalls keine Zustimmung geben.

Für die FDP-Fraktion spricht sich Ratsherr Logemann für eine Zustimmung aus.

Bürgermeister Raetz lässt zunächst getrennt über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen.
Sodann erfolgt die getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.